



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Maßgebliches und Unmaßgebliches

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

„Aber, Tit Grigorjewitsch,“ widersprach die Frau während des Einsteigens, „wie geht das! Offen in der Sonne und im Staube!“

„Nu, nu, gut. Da ist weiter nichts zu reden. Pflanze dich.“

„Und du!“ wandte er sich an Schejin. „Fährst du nicht mit?“

„Nein, ich danke,“ lächelte der grüßend. „Ich muß das Haus hüten und die Tochter erwarten.“

„Tit Grigorjewitsch, wie du sprichst!“ ließ sich wieder die Frau vernehmen.

„Die Kutsche ist doch nur für vier Personen.“

„Nun, da haben wir es!“ versetzte der Kaufmann und half den Mädchen in den Wagen. „Sie kann sogar rechnen! Oh, Mütterchen! Du nimmst freilich fast zwei Plätze ein, und deine Tochter hat neben dir kaum Raum; aber Seine Wohlgeboren und sein Fräulein sind so dünn, daß sie bequem mit mir zusammen in einer Reihe sitzen könnten. Die Kutsche ist, Gott sei Dank, von alter Art, kein so schmaler Kasten, wie man sie jetzt baut. Und zur Not könnte ich auch eines der Mädchen auf den Knien halten.“

„Uff, die Hitze!“ rief er, als er Platz nahm. „Man kommt wie in die Badestube. Und die Flöhe, die ich von den Weibern auffangen werde!“

„Aber Papa! Tit Grigorjewitsch!“ riefen die Tochter und die Mutter, während er den Schlag schloß und die Pferde anzog.

(Fortsetzung folgt.)



Maßgebliches und Unmaßgebliches

Reichs Spiegel

Berlin, 30. Oktober 1910.

Die Haltung der Regierung — Nationalpolitische Erziehung der Jugend — Jungliberale, Unternehmer und Konservative — Das Dienstalter der Offiziere — Mehr Unteroffiziere!

Die Verhältnisse in der inneren Politik haben sich in den abgelaufenen acht Tagen in nichts geändert. Die abwartende Haltung des Herrn Reichskanzlers lichtet weiter die Reihen derer, die stets schon aus prinzipiellen Gründen gern Verteidiger der jeweiligen Regierungspolitik sind, und macht die Tätigkeit der Regierungsorgane unsicher. Sie zwingt die Führer der Mittelparteien, die Wege weiter zu wandeln, die ihnen je nach Lebensanschauung und Temperament heute als die geeignetsten erscheinen, um ihr Ansehen im ernstlich beunruhigten Bürgertum zu erhalten und um zu verhindern, daß die in der Haltung der Regierung liegende Gefahr der Anarchie nicht die einzelnen Parteifadens zertrümmere. Wenn wir erneut auf die Gefahr hinweisen, so denken wir weniger an die sich mehrenden Straßenkrawalle, — in dieser Hinsicht ist die Betätigung der staatlichen Organe unbedingt fester geworden. Wir denken an den Mangel einer Regierungsparole, der aus dem Schweigen des Herrn Reichskanzlers hervorzugehen scheint, — im Grunde hat man die Ansicht, die Regierung wisse nicht, was sie wolle! An dieser

Auffassung vermögen auch die gelegentlichen Äußerungen einstweilen nur wenig zu ändern, die die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ als Ansichten der Regierung verbreitet, wengleich als erfreuliche Tatsache festzustellen ist, daß der Herr Reichskanzler hier und da den Schleier zu lüften beginnt, der das Geheimnis seiner Politik umgibt. Was man zu sehen bekommt ist allerdings noch nicht viel. Die wiederholte Bestätigung der Notwendigkeit eines „scharfen“ Kampfes gegen die Sozialdemokratie enthält so wenig greifbare Vorschläge, daß sie selbst im Hinblick auf die Noabiter Vorgänge nicht recht erwärmen kann. Sie stellt so lange keine Parole dar, solange der Herr Reichskanzler nicht angibt, was er unter einer „scharfen Bekämpfung“ versteht. Steht er für Ausnahme Gesetze, wie sie die Konservativen und der Zentralverband Deutscher Industriellen fordern? meint er ein einmütiges Verhalten der bürgerlichen Parteien gegen die Sozialdemokratie bei den Wahlen? oder schließlich, meint er die Erziehung des Volks zur Feindschaft gegen den Umsturz? Wir könnten lediglich in der Bejahung der letzten Frage die Betätigung eines praktisch erreichbaren Zieles sehen, da sie in Zukunft den Ausfall der Wahlen bestimmen und die Anwendung von Ausnahme Gesetzen aus der Diskussion ziehen würde. Die letzte Abwehr der Angriffe des Herrn von Oldenburg-Samschau gibt leider keinen Aufschluß. Wohl aber lükt sich aus den Betrachtungen der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ (Nr. 255) über die Bedeutung der Ausstandsbewegungen und der gelben Gewerkschaften folgern, wo Herr von Bethmann den Punkt erkennt, an dem der Hebel zur Überwindung der sozialdemokratischen Partei angelegt werden kann, nämlich in der Ausbreitung der gelben Gewerkschaften. Wir möchten glauben, daß hier ein Ausgangspunkt liegt, der geeignet erscheint, einer Verständigung der konservativen und liberalen Mittelparteien mit dem Herrn Reichskanzler den Weg zu bahnen, — freilich nur unter einer Voraussetzung. Sieht der Herr Reichskanzler eine Möglichkeit, die Sozialdemokratie durch die gelben Arbeiterorganisationen zu überwinden, dann muß er auch die Versuche der bürgerlichen Parteien gutheißen, die nach Einfluß innerhalb der Arbeiterorganisationen streben und die sich im Zusammenhang damit der Propaganda unter der Jugend und deren Organisation widmen. Beurteilen wir die Ausführungen der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ richtig, dann hätten wir aber auch eine Parole, unter der sich das politische Leben einer ganzen Reihe von Jahren abspielen könnte; sie hieße: nationale politische Erziehung und Organisation der Jugend, und das Ergebnis ihrer Betätigung wäre die Überwindung der Sozialdemokratie. Da es sich hier um eine politische Frage handelt, so scheint es uns auch logisch, wenn sie in erster Linie von politischen Parteien und nicht von ad hoc gegründeten unpolitischen Vereinen in Angriff genommen wird. Die jungen Leute, die eben die Schulbank oder Lehre verlassen haben und die überhaupt dem politischen Leben Interesse bezeugen, wollen sich politisch nicht in Akademien belehren lassen, sondern wollen selbst Kritik üben an den sie umgebenden Erscheinungen. Daß sich diese Kritik in erster Linie gegen die Autoritäten richtet und damit gegen staatliche Einrichtungen entspringt so dem Naturell der Jugend, daß der reife Mann darin eine Gefahr für den Staat nicht sehen kann. Aber anleiten soll er die Kritik, denn in ihrer Unreife liegen auch alle Elemente für künftige positive Leistungen. Da gilt es anzuknüpfen, von dort kann eine Erneuerung unseres politischen Lebens ihren Anfang nehmen.

Sehen wir uns nun die politischen Parteien daraufhin an, die die angedeutete Aufgabe übernommen haben, so müssen wir feststellen, daß nur die Gruppen mit demokratischen Untertönen sich damit ernsthaft beschäftigt haben, davon die einen unter ausschließlicher Betonung des nationalen Prinzips, die andern unter aus-

schließlicher Verfolgung sozialer Ziele. Als wenn beide Ziele einander widerstreben! Diese Zweiteilung hat neben andern Erscheinungen in unserm politischen Leben zu einer völlig mißverstandenen Beurteilung aller der Versuche geführt, die einen Ausgleich der Gegensätze anstreben. Man hat besonders die Jungliberalen als Mit- und Vorläufer der Sozialdemokratie verdächtigt. Das sind Schlagworte, die viel Unheil anrichten müssen, wenn sie nicht rechtzeitig bekämpft werden. Gewiß bietet das Programm der Jungliberalen und hier und da ihr Auftreten genug Punkte, die den verantwortlichen Staatsmann besonders in Preußen beunruhigen können. Darin wird man sie mit den Alldeutschen auf eine Stufe stellen können. Aber der Reichsverband der nationalliberalen Jugend hat sich, wie wir schon früher zeigten, als befähigt erwiesen, in einer mehr oder minder gebildeten Jugend die kritiklose Annahme der sozialdemokratischen Lehren zu erschweren und teils zu verhindern. Überdies muß hervorgehoben werden, daß alle diese Leistungen möglich waren ohne nennenswerte Geldmittel, ohne eine Presse, lediglich infolge eines tatsächlich vorhandenen Bedürfnisses. In dieser Richtung hat außer den Jungliberalen noch keine der bestehenden bürgerlichen Parteien praktisch gearbeitet, weil keine Partei es für wert gehalten hat, sich um die heranreifende Jugend zu bekümmern! Könnten nicht die Alldeutschen, vielleicht der „Verein deutscher Studenten“, in der angedeuteten Richtung ihre Programme ergänzen? mit ihren nationalen Auffassungen würden sie sicher manche noch schlummernde Saite bei der Arbeiterschaft schwingen machen! Was bisher seitens der bürgerlichen Parteien gegen die Sozialdemokratie unternommen wurde, bestand meist in einer Bekämpfung der äußern — gewiß recht unerfreulichen — Erscheinungen, die das Auftreten der Sozialdemokratie im Gefolge hatte, wie des Terrors und der Streiks. Abgesehen davon, daß diese Art des Kampfes nicht genügt, um die Sozialdemokratie zurückzudrängen, vermögen wir in solcher Betätigung eine Aufgabe für die politischen Parteien nur unter gewissen Voraussetzungen zu erkennen; vor allen Dingen sehen wir darin kein Mittel, um die Jugend zu gewinnen. Die Jugend will Ideale verfolgen und ist in der Wahl ihrer Ideale nicht zimperlich. Darum läßt sie sich auch so leicht vom Sozialismus einfangen, — darum ist sie aber auch nicht leicht zum Kampf für materielle Interessen eines herrschenden Bevölkerungsteils mobil zu machen. Dieser Kampf ist Sache der Unternehmerorganisationen. Doch die Unternehmer scheuen die öffentliche politische Arbeit ähnlich wie die Aristokratie, weil sie „saturiert“, wie der schöne Ausdruck heißt, jeder Veränderung in den Verhältnissen skeptisch gegenüberstehen. Was für Verbesserungen könnten Änderungen in ihre Lage bringen? Das wäre schwer zu sagen und deshalb machen sich seit geraumer Zeit gerade im industriellen Unternehmertum stagnierende Elemente bemerkbar und gewinnen an Einfluß, die aus der Furcht vor Veränderung jeden politischen Fortschritt bekämpfen, obwohl doch gerade unser reiches Unternehmertum eine der besten Blüten des Fortschritts ist. Dies und verschiedene aus der gehobenen materiellen Lage hervorgehende Außerlichkeiten geben dem Auftreten des heutigen „saturierten“ Unternehmertums ein gewisses konservatives Gepräge. Und an diese äußerlichen Merkmale knüpfen die Konservativen des Ostens an, wenn sie hoffen, im rheinischen Industriebezirk Bundesgenossen zu gewinnen. Sollte sich unter den angedeuteten Verhältnissen wirklich im Westen unseres Vaterlandes eine konservative Partei formieren, dann darf man darin nicht unbedingt ein Zeichen beginnender Heilung sehen. Sollte z. B. die „Zuchthausvorlage“ Gegenstand der Wahlagitatio werden, dann könnte die angeblich konservative Organisation zunächst nur einen Erfolg haben: die Beseitigung aller nationalliberalen Abgeordneten des Industriereviers zugunsten von Sozialdemokraten und Ultramontanen.

Wenn die politischen Parteien in einem Lande durch ihre Beziehungen zueinander und zur Staatsregierung Zeichen der Anarchie und einer beginnenden Krise erkennen lassen, dann muß eine ihrer Verantwortung sich bewußte Regierung doppelt sorgsam die Instrumente prüfen, die ihr zur Verfügung stehen, um den Bestand des Staates nach außen und innen zu sichern. In der preußischen Verwaltung sind entsprechende Maßnahmen im Gange. Im Reich scheint ein Bedürfnis nach partiellen Reformen nicht zu bestehen. Darauf deutet die letzte Mitteilung der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ in Nr. 255 hin, die die Zufriedenheit des Reichskanzlers mit dem Ergebnis der letzten Finanzreform zum Ausdruck bringt. Der Schlußsatz „Wer sich um die Erreichung dieses Ziels (Gesundung der Reichsfinanzen) müht, der wirkt nach einem Programm von überaus praktischer Bedeutung“ hat manche Optimisten zu dem Glauben veranlaßt, als könne von einer großzügigen Fortsetzung der Reichsfinanzreform die Rede sein. Wir glauben nicht fehlzugehen, wenn wir annehmen, daß sich der Satz lediglich auf die Wertzuwachsteuer bezieht, die der Regierung von den Parteien der Mehrheit bereits zugesichert ist. Angesichts dieser Genügsamkeit halten wir uns doch für verpflichtet, auf eine Tatsache hinzuweisen, die uns mit Sorge erfüllen muß, auf den sich von Jahr zu Jahr verringenden Ersatz an Offizieren und Unteroffizieren. Den Schlüssel zu diesen Erscheinungen gibt uns die soeben veröffentlichte Dienstaltersliste für die deutsche Armee. Aus ihr geht hervor, daß die Leutnantszeit jetzt 16 bis 17 Jahre, die Hauptmannszeit $12\frac{1}{2}$ Jahre dauert, und daß für die Zeit als Major und Oberleutnant zusammen 10 Jahre zu rechnen sind. Nimmt man das durchschnittliche Lebensalter beim Dienst Eintritt mit 19 Jahren an und berücksichtigt, daß im allgemeinen 2 Jahre vergehen bis zur Beförderung zum Offizier, so ergibt sich ein Lebensalter von etwa 38 bis 39 Jahren bei der Erreichung der HauptmannschARGE, ein solches von 50 Jahren bei der Ernennung zum Stabsoffizier, von 60 bei der zum Regimentskommandeur. Wenn zurzeit die Verhältnisse bei den letzten Chargen noch nicht ganz so ungünstig liegen, so kommt das daher, daß die heutigen Regimentskommandeure eine sehr viel kürzere Leutnantszeit hatten. Das Avancement hat sich erst allmählich so verschlechtert. In kürzester Zeit wird das Lebensalter aber die angegebenen Zahlen erreichen. Wartet doch auch jetzt schon eine Reihe von Offizieren, die auf eine Offiziersdienstzeit von mehr als 35 Jahren zurückblicken können, noch immer auf den Regimentskommandeur. Diese Stabsoffiziere besitzen ein durchschnittliches Lebensalter von 56 bis 57 Jahren! Im Interesse der Armee liegt dies aber nicht. Daraus entspringt es, daß der Offizierersatz vielfach auf Schwierigkeiten stößt, und daß gerade die Kreise dem Offizierberuf fern bleiben, aus denen sich die Offizierkorps früher beinahe ausschließlich rekrutierten. Die Unsicherheit der ganzen Laufbahn, die große Wahrscheinlichkeit, im besten Mannesalter pensioniert zu werden und in eine wirtschaftliche Notlage zu geraten, halten jetzt viele Väter davon ab, ihre Söhne dem Heere zuzuführen. Sehen wir von den traurigen Folgen ab, die sich für den einzelnen Offizier aus den schlechten Avancements ergeben, so müssen wir auf die mit der Überalterung der Offiziere zusammenhängende Gefahr für die Schlagfertigkeit der Armee hinweisen. Die wahrscheinliche Folge des heutigen Zustandes wird bei Ausbruch eines Krieges sein, daß die Mehrzahl der Stabsoffiziere und zahlreiche Hauptleute schon nach den ersten größeren Anstrengungen ausfallen, und daß ihre Stellen von solchen Offizieren eingenommen werden müssen, die im Frieden nie Gelegenheit gehabt haben, ein Bataillon oder Regiment zu kommandieren. Die gesamten Früchte unserer Friedensausbildung werden somit durch den heutigen Zustand in Frage gestellt. In der Armee ist

man sich dieses gefahrdrohenden Zustandes auch längst bewußt geworden und es dringen verschiedene Vorschläge an die Öffentlichkeit, die nicht unbeachtet bleiben sollten. Die uns am wichtigsten erscheinenden Vorschläge gehen von der Auffassung aus, daß das schlechte Avancement darauf beruht, daß im Verhältnis zu den höheren Stellen zu viel Leutnantsstellen vorhanden sind. Hier soll eine Änderung eintreten. Man soll die Zahl der Hauptmannsstellen verringern, damit die Ausichten auf eine schnellere Erreichung der höheren Chargen verbessert werden. Gegen eine derartige Maßnahme wird in der Regel angeführt, daß im Mobilmachungsfall ein so großer Bedarf an Zugführern eintritt, daß er schon jetzt, selbst unter Zuhilfenahme der Offiziere des Beurlaubtenstandes, nicht gedeckt werden kann. Auch im Frieden sei zahlreiches Ausbildungspersonal erforderlich. Beides ist richtig, es ist aber nicht notwendig, daß diese Stellen lediglich mit Offizieren besetzt werden müssen. Dazu können sehr gut tüchtige Unteroffiziere benutzt werden, namentlich wenn man sich entschließt, ihnen eine besondere Ausbildung zuteil werden zu lassen. Man wird durch einzelne Vergünstigungen diese Elemente auch länger dem Dienste erhalten können, als es jetzt der Fall ist, wo sie alle bis auf vereinzelte Ausnahmen nach vollendeter zwölfjähriger Dienstzeit abgehen. Ähnlich den Deckoffizieren der Marine schaffe man eine besondere, gehobene Unteroffizierklasse. Das Material dazu werden jene Kreise des Volks liefern, die ihre Kinder in die Mittelschule senden. (Siehe auch unsern Zeitartikel.)

Wir Wilden sind doch bessere Menschen. Als dazumal in der Erregung des Augenblicks über das etwas herausfordernde Überfliegen deutscher Festungswerke durch französische Flieger ein reichsländisches Blatt den recht radikalen Vorschlag machte, die ungebetenen Gäste einfach abzuschießen, da erhob sich jenseits der Vogesen ein Sturm der Empörung über solche Barbarei. Nun, man hat noch keinem französischen Flieger auch nur ein Haar gekrümmt. Was aber in jenem deutschen Blatt als kleines theoretisches Druckmittelschen auftauchte, sollte gerade in dem entrüsteten Frankreich in überraschender Weise praktische Bedeutung erhalten. Ja, man beschloß auf französischer Seite nicht etwa deutsche Flieger, die sich zumeist immerhin doch Ziel und Richtung selbst bestimmen können, sondern deutsche Ballons, die das nicht können. Und man tat das wiederholt nach dem übereinstimmenden glaubwürdigen Zeugnis der deutschen Ballonfahrer. Freilich, ob scharf geschossen wurde, kann nicht mit Bestimmtheit gesagt werden. Daß der „Matin“ die Schießerei in Abrede stellt, ist verständlich, aber keineswegs beweiskräftig. Von unseren östlichen Nachbarn, den Verbündeten Frankreichs, sind wir ja derartige Empfangsfeierlichkeiten und eine so intensive Betätigung des Gastrechts dermaßen gewöhnt, daß jedem deutschen Luftschiffer, der nach Rußland verschlagen wird, beinahe etwas fehlen würde, wenn man ihn nicht beschöffe. Bei der alten französischen Kulturnation war ein solches Verfahren bisher neu und wird hoffentlich vereinzelt bleiben. Sonst würde die gewaltige sittliche Entrüstung, die damals im französischen Blätterwald über die deutsche Unkultur losbrach, nicht ganz die rechte Basis haben, und wir „Wilden“ könnten beinahe sagen, daß wir doch bessere Menschen seien. Aber man mag das Wort des Seume *redivivus* ruhig in seinem ursprünglichen Sinn anwenden, auf die indianische „Unkultur“ und auf jene Kanadier, die noch Europens übertünchte Höflichkeit nicht kannten. In Frankreich schießt man auf fremde Luftschiffer. Die wilden Indianer bringen hilfsbereit die gestrandeten Gordon-Bennett-Fahrer zum nächsten Lazarett. U. Pz.

„Deutschlands Raumkunst und Kunstgewerbe auf der Weltausstellung zu Brüssel 1910.“ Im Verlage von Julius Hoffmann-Stuttgart hat der Reichskommissar der deutschen Abteilung ein Illustrationswerk unter diesem Titel erscheinen lassen, das allen, die sich nicht persönlich von dem Sieg des deutschen Stils unterrichten konnten, Gelegenheit gibt, das wesentliche Material der deutschen Ausstellung in Brüssel in vorzüglichen (150) Abbildungen, zum Teil Buntdrucken, kennen zu lernen. Die Einleitung, die Robert Breuer dem Werk vorangestellt hat, ist eine vortreffliche, ebenso sachliche wie gut stilisierte Arbeit. Der erfreulichste Eindruck dieses Wertes ist die fast gleichmäßige und gleichwertige Beteiligung von Künstlern und Werkstätten aus allen Teilen Deutschlands. Diese Einmütigkeit der künstlerischen und handwerklichen Arbeit aller deutschen Provinzen und Länder ist unser schönster Erfolg. Er ist noch weit wichtiger als die allgemeine Anerkennung, die das Ausland uns mit wenigen chauvinistischen Einschränkungen gezollt hat. Das deutsche Kunstgewerbe beweist, daß Deutschlands Einigung nicht ein fremder, der Verschiedenheit von Nord und Süd, Ost und West aufgedrängter Gedanke ist, beweist aber auch, wessen wir bedürfen, um nach außen und innen als ein ganzes Deutschland zusammenzutreten: Das, was auf so vielen anderen Gebieten fehlt, hier hat es seine große Wirkung getan, das große Ziel, ein starker, fruchtbarer Gedanke, der deutschem Wesen entspricht. Im Kunstgewerbe heißt er: Qualitätsarbeit und künstlerische Bändigung der Zweckformen, Kampf gegen jede Art von sinnlosem Schnörkelwesen und angeklebter, unechter Dekoration. Der Sinn eines Gebäudes, eines Raumes ist in Form, Fläche, Farbe und Pierat zum Ausdruck gebracht, wobei der Pierat die Betonung der konstruktiven Stützpunkte sein und so das ganze Werk zu einem künstlerischen Kreis zusammenschließen muß. Man sehe sich daraufhin die Industriearbeiterhäuser von Georg Meßendorf-Essen, den Rathausaal von Karl Hoffacker-Karlsruhe, das Trauzimmer von E. Högg-Bremen, die Repräsentationsräume von Bruno Paul-Berlin, Paul Thiersch-Charlottenburg, W. Troost-München, M. Heiderich-Paderborn, Wilhelm Thiele-Bielefeld, Wilhelm Kreis-Düsseldorf, sowie die bürgerlichen Wohnräume von R. Niemerschmid-München, P. Schulze-Naumburg, M. Länger-Karlsruhe, endlich die mit liebenswürdigem Luxus ausgestatteten Liebhaberzimmer von R. A. Schröder-Bremen, Heinrich Vogeler-Worpswede, und nicht zuletzt die Fabrikanlagen von Peter Behrens-Berlin und den Gesamtbau der Ausstellung von H. v. Seidl-München an. Überall dieselbe gebiegene Bornehmheit, die weit entfernt von jedem Prozentum innerhalb des Sachgemäßen eine Fülle von Formen und Farbens Schönheiten bietet, wie sie gerade in dieser Vielfältigkeit nur wieder Deutschland mit der selbständigen, sich ins Ganze fügenden Überlieferung der einzelnen Gaue bei Nutzbarmachung aller Einzelkräfte zu verwirklichen vermag. Wie wir einen spanischen, einen französischen, einen englischen Stil haben, so wird der Stil des zwanzigsten Jahrhunderts der deutsche heißen. Wir wollen nicht rasten, dieses Ziel zu erreichen, das uns durch die Brüsseler deutsche Abteilung deutlich vorgezeichnet ist. W. M.

Prof. Dr. Emil A. Gutjahr. Die Anfänge der neuhochdeutschen Schriftsprache vor Luther. Streifzüge durch die deutsche Siedlungs-, Rechts- und Sprachgeschichte auf Grund der Urkunden deutscher Sprache. VI und 240 S. Halle, Verlag der Buchhandlung des Waisenhauses. 1910. 7,50 M.

Die vorliegende, August Meixner gewidmete Schrift ist keine umfassende kritische Behandlung des in Frage stehenden Problems. Anschließend an einen schon früher (1906) erschienenen Teil (über den Kanzleistil Karls des Vierten)

seiner auf zwei Bände berechneten Studien gibt der Verfasser hier in den lose aneinander gereihten sechs Kapiteln seiner „Streifzüge“ neuen Anstoß zur Lösung des „wunderbaren Problems“ (wie er so oft gern zitiert) über die Entstehung unserer neuhochdeutschen Schriftsprache. Seiner Ansicht nach, und hierin wird man ihm nur zustimmen, kann eine ergründende Behandlung des schwierigen Problems nicht von der Sprachwissenschaft allein ausgehen, ist sie doch trotz aller erfreulichen Fortschritte noch nicht ganz der Gefahr entronnen, vor der schon Jaf. Grimm warnte, neben dem Worte nicht die Sache selbst zu vergessen. Die Geschichte und vor allem die Kulturgeschichte also muß mehr als bisher herangezogen werden zur Erklärung und Deutung großer sprachlicher Umwälzungen; die in der kulturellen Entwicklung eines Volkes mitspielenden Hauptfaktoren werden sich auch als Niederschlag in seiner Sprache nachweisen lassen. Von diesem Grundsatz ausgehend sucht Gutjahr namentlich die Siedlungs- und Rechtsgeschichte für die Beantwortung unseres Problems heranzuziehen, denn „für jeden, der mit der Siedlungsgeschichte, mit der Kolonisation des deutschen Ostens im zehnten bis vierzehnten Jahrhundert sich vertraut gemacht hat und der die mancherlei Einwirkungen kennen gelernt hat, welche die Kolonisation auf Recht, Agrarwesen, Siedlungsanlagen (Stadtplan, Dorfanlage, Haustypen), auf Kunst, besonders Architektur und Skulptur, ausgeübt hat, kann kein Zweifel sich erheben, daß auch die Sprache unter dem Einflusse der Siedlung, der „Großtat des deutschen Volkes im Mittelalter“, sich entwickelt haben muß“. Hierbei ist nun in erster Linie regional zu trennen zwischen altem Stammlande und jungem Kolonisationsgebiet, zwischen Stadt und Dorf, dann zwischen den einzelnen Gesellschaftsklassen, zwischen Rittertum und Bürgerstand, zwischen Patriziat und Handwerkerstand, zwischen Stadtrat und Handwerkerinnung u. dgl., und dann erst folgt, oder wenigstens hätte zu folgen die wissenschaftliche Verarbeitung der jeder einzelnen dieser sozialen Schichten eigenen Sprache in ihrer mannigfachen Abstufung. Das ist der kulturgeschichtliche Hintergrund, oder besser gesagt Untergrund, auf dem der Verfasser die Geschichte unserer Schriftsprache aufgebaut wissen möchte. So gibt er in ansprechender Darstellung (allerdings an einigen Stellen in unnötiger Breite) einen Überblick über die bedeutendsten Kolonisationsbewegungen des zwölften und dreizehnten Jahrhunderts namentlich im deutschen Osten und sucht dann, ausgehend von der Tatsache, daß der Hauptzug dieser Siedlungsbewegungen von Westen aus erfolgte — hauptsächlich das fränkische Element war dabei stark vertreten —, die kulturellen Folgen dieser Wanderung für Sprache und Recht aufzudecken. Es ist allerdings schwierig, die einzelnen Siedlungsbezirke des großen Gebietes einzelnen besiedelnden Stammesgruppen zuzuweisen, denn unser einziges sprachliches Hilfsmittel, die Ortsnamenkunde, versagt hierbei begreiflicherweise nur zu oft. Hier nun läßt Gutjahr die Rechtsgeschichte hilfreich einspringen. Durch die Kolonisation wurden im Osten neue Kulturzentren geschaffen, Erfurt, Halle, Magdeburg, Leipzig, Breslau, Prag, Wien u. a. Diese bildeten, die heimatischen Verhältnisse des Stammlandes getreu widerspiegeln, im dreizehnten und den folgenden Jahrhunderten ein eigenes Wirtschafts- und Rechtsgebiet aus. Wirtschaftlich äußerte sich diese Besiedlungstätigkeit in der übereinstimmenden Stadt- und Dorfanlage, in der Bauart und in der Flureinteilung, rechtsgeschichtlich im städtischen Bewidmungswesen. Dies alles war natürlich von größtem Einfluß auf Wortschatz und Sprache. Man könnte nun denken, der Verfasser würde anschließend an die Darlegung dieser Gedankengänge zu seiner Hauptaufgabe, der sprachlichen Darstellung dieser Kulturerscheinungen übergehen; statt dessen bringt er eine umfangliche Darstellung der Rechtsverhält-

nisse in den neuen Kulturzentren Ostmitteldeutschlands, die sich vornehmlich mit der Entwicklung des Sachsenrechts (Halle und Magdeburg) befaßt und dann zu dessen Aufzeichner, Eyte von Reggowe, führt. Diesen letzteren weist er dem ostmitteldeutschen Neulande (mitteldeutschen Neusachsen) zu. Hervorzuheben wäre aus dem ganzen, wenig Neues bietenden Abschnitt noch der Erklärungsversuch Gutjahrs für das dunkle, vielumstrittene „Hallorum“ (Salzwirker im Tal an der Saale zu Halle); er sieht in dem zweiten Teil einen Verwandten unseres Wortes „räumen“ und erklärt das Ganze als „Räumer, Roder für die Salzstätte“. Freilich ist inzwischen auch diese Etymologie schon wieder umgestoßen worden! Was man in diesem zweiten Kapitel vergeblich suchte, bringt zum Teil das fünfte, das über „die kolonialen und sozialen Einflüsse“ handelt und zweifelsohne den Schwerpunkt der ganzen Studie bedeutet, wie der Verfasser überhaupt in rein sprachwissenschaftlichen Erörterungen weniger glücklich ist in seinen Schlussfolgerungen (unsere neuhochdeutschen Diphthonge läßt er am Niederrhein [Köln] entstehen und von da ostwärts als „kolonialen Import“ sich ausbreiten!) als in diesen Dingen.

„Die neuhochdeutsche Schriftsprache ist entstanden und erwachsen auf dem Boden des kolonialen und zwar des ostmitteldeutschen Neulandes. Sie steht von Ursprung an in engster Beziehung zu den kolonialen, wirtschaftlichen und sozialen Umwälzungen des zwölften bis vierzehnten Jahrhunderts, ja sie ist der geistige Reflex der Kolonisationsbewegung, die von Grund aus neue Verhältnisse schuf“, sie ist das „Erzeugnis einer neuen Kultur“, nicht „Kunstprodukt“, sondern in viel höherem Grade „Kulturprodukt“. In diesem Satze gipfelt Gutjahrs Theorie. Als Kulturprodukt hat die neue Schriftsprache folglich auch „kulturelle, nämlich wirtschaftlich-soziale“ Vorbedingungen gehabt. Sicherlich bestand unter den deutschen Ansiedlern schon von vornherein eine gewisse soziale Differenz, schon von vornherein ist zu scheiden zwischen konventioneller Standessprache ritterlicher und bürgerlich-kaufmännischer Kreise. Nun hatte das seinem Wesen nach hauptsächlich aus Oberdeutschland stammende Rittertum in seiner Standessprache naturgemäß auch mehr oberdeutsche Färbung als das „geldwirtschaftlich freiere, geistig regere, fortschrittliche“ Bürgertum und wird diese ausgeprägte Färbung in der Zeit seines wirtschaftlichen Niederganges dem mächtig aufstrebenden Bürgerstande gegenüber sicherlich festgehalten haben. Wir hätten demgemäß zu scheiden zwischen einer ausgeprägt oberdeutsch-gemeindeutschen „Rittermundart“ und einer mehr mitteldeutsch-gemeindeutschen „Bürger-(Patrizier-)Mundart“ im ostmitteldeutschen Kolonialgebiete. Diese Scheidung allein reicht Gutjahr jedoch nicht aus, bestand doch das Bürgertum selbst wieder wirtschaftlich aus den verschiedensten Elementen (Großkaufleuten, Kaufleuten, Gewerbetreibenden und Bauern). Folglich muß die bürgerliche Mundart selbst wieder die soziale Schichtung des Bürgerstandes widerspiegeln, daher der verschiedene Grad der Entfernung einer jeden dieser bürgerlichen Standessprachen von der eigentlichen Volksmundart. Da sich aber im Entwicklungsgang unserer Städte nachweisen läßt, daß „nicht das Bürgertum an sich, sondern bestimmte Gruppen innerhalb desselben, die die Herrschaft infolge ihrer Wohlhabenheit und Intelligenz ausüben und deshalb ein potenziertes Bürgertum darstellen, bestimmten Einfluß auf alle städtischen Verhältnisse und Kulturerzeugnisse des städtischen Lebens“ gewinnen, so lag es nahe, diesen Gedanken auch für die Sprache fruchtbar zu machen. Weil nun je nach dem Machtverhältnis der einen oder anderen Gruppe der sprachliche Einfluß zu verschiedenen Zeiten ein verschiedener gewesen sein muß, so kommt es, daß in vielen der neuen ostmitteldeutschen Kolonialstädte mittel- und niederdeutsches Idiom in Urkunden- und Rechtsprache wechseln. Namentlich an sogenannten Doppelsehnen (Halle, Magdeburg) läßt sich dies nach-

weisen. Die Sprache und Mundart der Schöffen, die sich aus dem sozial gehobenen Teil der Bevölkerung zusammensetzten, war mitteldeutsch, daher auch ihre Rechts-, Verhandlungs- und Amtssprache mitteldeutsch (daraus zieht der Verfasser den Schluß, daß auch Gykes „Originalsprache das patrizische Ostmitteldeutsch“ war und daß er sein Sachsenrecht in folgedessen nur in „gehobenem Ostmitteldeutsch geschrieben“ haben kann); bildeten ihre Kreise jedoch die unterliegende Minderheit, so war die offizielle amtliche Schreibung eben niederdeutsch, wie z. B. in Halle, wo seit Vereinigung von Tal- und Bergstadt (1202) die sozial einflußreichere Bevölkerung der ursprünglich ostniederdeutschen Talstadt, die Pfanner, bis 1478 das Stadiregiment führte. Der Rückschlag dieser Verhältnisse ist im ostmitteldeutschen Gebiete, z. B. in thüringischen und oberfächsischen Landen, noch heute zu erkennen. Neben dem volksmundartlichen „Damp, kloppen“ stehen die „vornehmer“ klingenden schriftdeutschen Formen „Dampf, klopfen“. Und doch sind beide nur „von alters her“ scharf hervortretende Eigentümlichkeiten sozial geschiedener Klassen, die beide zwar ostmitteldeutsch sprachen, aber schon durch das Standesbewußtsein voneinander getrennt waren: der Klasse der sogenannten kleinen Leute (der Handwerker, Krämer und Klein-Grundbesitzer) und der Klasse der Patrizier (der Großkaufleute und ihres Anhangs). Die Patrizier, zunächst „die Geschlechter“, in ihrer natürlichen Sinneigung zu dem damals vornehmsten Stande der Ritter, suchten und fanden in dieser besonders hervorgehobenen sozialen Gruppe nicht nur in Lebensführung und Sitte („Art“), sondern auch sprachlich ihr „Modemuster“! Dieses patrizische „mittelfte Deutsch“ fand nun im dreizehnten und vierzehnten Jahrhundert als Umgangssprache rasche Verbreitung und Anerkennung und schließlich im sechzehnten Jahrhundert in der „neufächsischen“ Bibelübersetzung Luthers seine „hauptsächliche Stütze“. Es wurde als vornehmes Idiom Verkehrssprache und dann Geschäftssprache der Kanzleien. Wenn freilich der Verfasser den dann in dieser Geschäftssprache zutage tretenden oberdeutschen Einschlag in diese „Hochsprache“ dem Siege des mehr kleinbürgerlichen Elements im „Zeitalter der Innungsbewegungen“ (vierzehnten Jahrhundert) zuweist, so beruht dies auf Folgerungen seiner falsch aufgebauten sprachgeschichtlichen Erkenntnisse. Überhaupt lehrt uns das Buch, daß mechanische Erklärung sprachgeschichtlicher Vorgänge auf rein kulturgeschichtlicher Grundlage unmöglich ist. Der Grundgedanke, der dem Verfasser bei seiner Abfassung vorschwebte, ist richtig, darf aber nicht dazu verleiten, der einmal (und zum Teil mit Glück) eingeschlagenen Theorie zuliebe allgemein anerkannte sprachgeschichtliche Tatsachen umzubiegen. Die kulturgeschichtliche Betrachtung derartiger Probleme wird eben in erster Reihe doch wieder auf die philologische Forschung angewiesen sein und von deren allgemein feststehenden Resultaten auszugehen haben.

Trotz so mancher aus der Betrachtungsweise des Verfassers sich erklärenden Fehler und Mängel darf das auf weiten Grundlagen aufgebaute Buch aber angesehen werden als einer der wertvollsten und in seiner Art originellsten Beiträge zur Klärung des schwierigen Problems der Entstehung unseres „wertvollsten geistigen Besitztums“, unserer Schriftsprache. Wir haben deshalb geglaubt, die interessantesten seiner (oft etwas umständlich und unklar herausgearbeiteten) Gedankengänge herausgreifen und auch in diesen Blättern weitere Kreise auf das Buch aufmerksam machen zu sollen. Auf die übrigen Abschnitte, die von den „deutschen Schriftsprachen und den deutschen Mundarten“, vom „Ursprung“ unserer Diphthonge und von der „Kanzleisprache Kaiser Karls des Vierten und von der Weiterentwicklung der neuhochdeutschen Schriftsprache bis zur Reformation“ handeln, des Näheren einzugehen, würde uns hier zu weit führen. Wir möchten aus diesen

Abschnitten nur noch hervorheben, daß der Verfasser Karls des Vierten Kanzleisprache ihrem Wesen nach erklärt als „die heimische (ostmitteldeutsche) Patriziermundart Prags“ mit ihrer sozialen und kolonialen Mischung mittel-, ober- und selbst niederdeutscher Idiome, die dann später „mit dem Augenblicke, wo die kaiserlich deutsche Macht in Österreich ständig“ wurde, sich zwar zunächst noch auf das Patriziat der Kaufstadt Wien und seine „ostmitteldeutsche (neusächsische) Gesellschaftssprache“ stützend, auf oberdeutschem Boden auch ausgesprochen oberdeutsche Färbung erhalten mußte. Die Methode freilich, mit der Gutjahr zu eruiert sucht, was wirklich einwandfrei der Kanzlei Karls des Vierten zuzuweisen ist, wird sich namentlich durch die wertvolle jüngst erschienene Behandlung ähnlicher Fragen für Berliner Kanzleiverhältnisse (A. Lasch, Geschichte der Schriftsprache in Berlin bis zur Mitte des sechzehnten Jahrhunderts) nicht als völlig einwandfrei erweisen.

Dr. H. Gürtler

Dr. Max Adler, Der Sozialismus und die Intellektuellen.

Wien 1910. Wiener Volksbuchhandlung Ignaz Brand u. Co. 79 S. Preis 1 M.

Dieses Thema ist gerade in der letzten Zeit innerhalb der sozialdemokratischen Parteien der verschiedenen Länder wiederholt und in recht heftiger Weise erörtert worden. Meist lag irgendein äußerer Anlaß vor, z. B. der, daß ein „Parteiakademiker“ sich erlaubt hatte, an der Unumsföglichkeit sozialdemokratischer Parteidoktrinen zu rütteln. Die radikalen aus der Arbeiterklasse hervorgegangenen Führer benutzten dann gern die Gelegenheit, zu beweisen, daß man den Akademikern wie überhaupt den „Intellektuellen“ in der Partei ein gehöriges Mißtrauen entgegenbringen müsse. Man hat sich auf jener Seite daran gewöhnt, in jedem Akademiker, bis auf den Beweis des Gegenteils, von vornherein einen Revisionisten zu sehen. Neuerdings jedoch macht die Sozialdemokratie ernstlich den Versuch, aus den engen Schranken des fast künstlerischen Abschlusses herauszutreten und immer mehr neue Bevölkerungsklassen für ihre Ziele zu gewinnen. Zu diesen gehören vor allen Dingen die „Intellektuellen“. Die Schrift des österreichischen Sozialistenführers Adler ist als ein in dieser Richtung unternommener Versuch anzusehen. Adler will hierbei unter „Intellektuellen“ nicht etwa „bloß die enge Gruppe der Literaten und Akademiker, die sich vorzugsweise gern so nennen lassen, sondern alle Arten der geistigen Berufe überhaupt, die für ihre Berufsarbeit eine größere Schulbildung als die der Volks- und Bürgerschule, respektive ihnen gleichgestellter Schulen, durchmachen mußten und infolgedessen eine engere Beziehung zu geistigen Interessen wenigstens der Möglichkeit nach erhielten, mögen sie auch diese vielfach nicht wirklich pflegen können“. Der Zweck seiner Schrift soll sein, darzutun, daß der ökonomische Appell an das Intelligenzproletariat „durchaus nicht bloß materielle Verbesserung seines Loses anstrebt“. Adler kann die Tatsache nicht hinwegleugnen, daß die Intellektuellen sich dem Sozialismus bisher ziemlich fern gehalten haben. Er meint, der krasse Gegensatz, der das Proletariat durch „Wekung seines Klassenbewußtseins auf den Weg zur Kultivierung“ zwang, habe die Intellektuellen in das Lager der Bourgeoisie geführt, obgleich sie derselben keineswegs mit ihren Interessen angehörten. Adler hat damit zweifellos recht, daß der pure krasse Egoismus der Sozialdemokratie die Intellektuellen verhindert hat resp. verhindern mußte, das Lager des Sozialismus aufzusuchen. Der Sozialismus predigt die krasse Klassenpolitik und als Endziel die Beseitigung der heutigen Staats- und Wirtschaftsordnung. Daß damit auch die Intellektuellen in ihrem bisherigen Besitz nicht erhalten bleiben sollen, das dürfte wohl jedem Sozialisten geläufig sein. Es ist also als ein tüchtiges Stück Zumutung an die

Intellektuellen anzusehen, wenn von ihnen verlangt wird, daß sie sich dem Sozialismus anschließen, obwohl der Sozialismus nicht davor zurückscheut, die geistige Arbeit mit der Handarbeit auf eine Stufe zu stellen, und gerade wegen des von ihr propagierten Klassenkampfes keinen Anspruch darauf machen kann, die Interessen der verschiedenen Berufs- und Standesgruppen gleichmäßig zu vertreten. Adler hat unrecht, wenn er die Abneigung der Intellektuellen, in das Lager des Sozialismus zu flüchten, damit erklären will, man verstehe dort durchaus nicht den Sozialismus, und doch gäbe es, so meint er, keine andere Wissenschaft, die so wie der Sozialismus in Theorie und Praxis übereinstimme. Ich glaube, gerade das Gegenteil ist der Fall. Keine Wissenschaft ist so wie der Sozialismus durch den realen Gang der Entwicklung darüber belehrt worden, daß die früher für unumstößlich bezeichneten Grundlehren des Sozialismus einer gründlichen Revision zu unterwerfen sind. Schon mancher Grundsatz ist in das Parteiarsenal gewandert und wird hier gewissermaßen als Reliquie verehrt. Die Intellektuellen müssen täglich sehen, wie von sozialistischen Agitatoren die „bürgerliche Gesellschaft“ als verrottet und verkommen dargestellt wird. Da ist doch weiter nicht verwunderlich, daß die Intellektuellen keine Neigung dazu zeigen, sich dem Sozialismus anzuschließen. Die Intellektuellen wissen recht wohl den Sozialismus zu verstehen, aber verstehen heißt nicht, wie Adler anzunehmen scheint, blindlings anerkennen. Die Taten des Sozialismus lassen jedem, der das wirtschaftliche und soziale Leben von einer höheren Warte zu betrachten gewohnt ist, keinen Zweifel darüber, daß der Sozialismus auf Grundirrtümern aufgebaut ist, die es völlig ausgeschlossen lassen, den Sozialismus etwa auf eine Stufe mit dem Christentum zu stellen, wie dies Adler tut. Dr. W.

Bücherliste

- Bossen**, Dr. Leo: Das Recht der konzessionierten gewerblichen Anlagen. Selwing'sche Verlagsbuchhandlung, Hannover. M. 4.—
- Brandt**, W. Ch.: Tierhalterhaftung. Selwing'sche Verlagsbuchhandlung, Hannover. M. 2.50.
- Helfferich**, Prof. Dr. Karl: Geld und Banken. 1. Teil. C. L. Hirschfeld, Leipzig. M. 17.50.
- Schönberg**, Dr. L.: Die Technik des Finanzhaushalts der deutschen Städte im Mittelalter. J. G. Cotta'sche Buchhandlung, Nachf., Stuttgart. M. 4.20.
- Die Landwirtschaftliche Unfallversicherung im Deutschen Reiche 1888—1908.** Zeitschrift. Behrend & Co., Berlin. M. 10.—
- Reuter**, Otto, Sigfried: Sigfrid oder Christus? Kenien-Verlag, Leipzig.
- Brandt**, Runo: Die Kulturwerte der deutschen Literatur des Mittelalters. 1. Band. Weidmann'sche Buchhandlung, Berlin. M. 6.—
- Geise**, Dr. Joh. Christ. Aug.: Fremdwörterbuch. Hahn'sche Buchhandlung, Hannover. M. 6.75.
- Hesse**, Hermann: Gertrud, Roman. Albert Langen, Verlag, München. M. 4.—
- Hegeler**, Wilhelm: Die frohe Botschaft, Roman. Deutsche Verlagsanstalt, Stuttgart. M. 4.—
- Popert**, Hermann: Helmut Harringa. Alexander Köhler, Verlag, Dresden. M. 1.80.
- Loewig**, Walter: Der Tribun. F. Heege, Verlag, Schweidnitz. M. 2.50.
- Wittroth's Briefe.** 8. Aufl. Hahn'sche Buchhandlung, Hannover. M. 9.—
- Reichmann**, Albert: Mozarts Briefe. Insel-Verlag, Leipzig. M. 2.—
- Stoßmann**, Alois S.: Thomas Moore, der irische Freiheitskämpfer. Herdersche Verlagsbuchhandlung, Freiburg am Breisgau. M. 3.—
- Reinhard**, Josef: Heimwehlands' Gesächten. Wiegand & Grieben Verlag, Berlin. M. 3.—
- Kutter**, Hermann: Gerechtigkeit. Eugen Diederichs' Verlag, Jena. M. 2.50.
- Rubinszki**, Samuel: Das werbende Dogma vom Leben Jesu. Eugen Diederichs' Verlag, Jena. M. 3.—
- Schicht**, Josef: Tiefe Stunde. I. Staadmann, Verlag, Leipzig. M. 2.—
- Sandek**, Robert: Die Spielerin. Carl Reißner, Verlag, Dresden. M. 4.—
- Suche-Barnewitz**, Luise: So ihr an mich glaubet. R. Pierjóns Verlag, Dresden. M. 4.—
- Gremita**: Fernsehnsucht und Heimwehgedichte. C. Pierjóns Verlag, Dresden. M. 2.50.
- Wald**, E.: Was der Wald sah. C. Pierjóns Verlag, Dresden. M. 2.50.
- Thaun**, Karl, Theodor: Wohn. C. Pierjóns Verlag, Dresden. M. 1.—
- Wundt**, Wilhelm: Völkerpsychologie. Wilhelm Engelmann, Verlag, Leipzig. M. 13.—
- Apelt**, Dr. Otto: Platons Dialog, Theätet. Verlag d. Dürr'schen Buchhandlung, Leipzig. M. 3.50.
- Koch**, Hugo: Sächsische Gartenkunst. Deutsche Bauzeitung, G. m. b. H., Verlag, Berlin. M. 9.—
- Hübner**, Otto: Geographisch-statistische Tabellen. Heinrich Keller, Verlag, Frankfurt a. M. M. 1.50.
- Hildebrand**, Fr.: Diktate. 2. Heft. Verlag der Dürr'schen Buchhandlung, Leipzig. M. 0.80.
- Schallas**, Wilhelm: Gedichte. Kommissionsverlag der Frees'schen Hof- und Universitätsbuchhandlung, Gießen. M. 1.20.

Verantwortlich George Kleinow in Berlin-Schöneberg. Verlag: Verlag der Grenzboten G. m. b. H. in Berlin SW. 11.